

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT-FUER-ASYLRECHT.DE

[Schneider-Institute.de](http://www.Schneider-Institute.de) · Breul 16 · 48143 Münster

An

Der Generalbundesanwalt

beim Bundesgerichtshof

Brauerstraße 30

76135 Karlsruhe

Telefax (07 21) 81 91 - 5 90

Telefax (07 21) 81 91 - 4 92

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

RENÉ SCHNEIDER

BREUL 16

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert. §§ 28, 33 BDSG

USt-IdNr.: DE198574773

16. Januar 2017 – No. 26919

+++ TERROR IN BERLIN, ANZEIGE GEGEN MERKEL +++

Betr.:

1.) Meine Anzeige vom 25. Dezember 2016 – No. 26905,

URL: <http://www.Institut-fuer-Asylrecht.de/26905.pdf>

2.) Ihre Eingangsbestätigung vom 29. Dezember 2016 – 1 AR 1028/16,

URL: <http://www.Institut-fuer-Asylrecht.de/GBA-291216.pdf>

Sehr geehrter Herr OAR Lindner!

Ihr Schreiben vom 29. Dezember 2016 (Datum des Poststempels: 12. Januar 2017) habe ich am 13. Januar 2017 erhalten. Bezugnehmend auf Ihre befremdliche Meinung –

Aus Ihrer Sachdarstellung ergeben sich keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine in die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft fallende Straftat.

Ich muss Ihnen deshalb leider mitteilen, dass ich mangels Zuständigkeit in Ihrer Angelegenheit nicht tätig werden kann.

– werden Sie ersucht, mir mitzuteilen, welche Staatsanwaltschaft nach Ihrer Auffassung für die Sachbearbeitung zuständig ist, und die Akten gegebenenfalls zu versenden.

Auf die §§ 142, 142a und 120 Abs. 2 GVG wird hingewiesen.

RENÉ SCHNEIDER · BREUL 16 · 48143 MÜNSTER · SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

Telefax +49 (02 51) 3 99 71 62 · Telefon +49 (02 51) 3 99 71 61 · von 11 bis 21 Uhr

Ausdrücklich hingewiesen wird auch noch einmal auf

- meine sehr ausführliche Darstellung des Sachverhalts (Bl. 3 bis 5 und Blatt 6 bis 17 der Anzeige),
- meine Ausführungen zum objektiven Tatbestand (Bl. 19 ff. der Anzeige),
- die allgemeinen Ausführungen des BGH zur Beihilfe gemäß § 27 StGB (Bl. 23 der Anzeige) und
- meine Ausführungen zum subjektiven Tatbestand oder Vorsatz der Beschuldigten Merkel und de Maizièrè (Bl. 24 bis 26).

Äußerst vorsorglich wird außerdem darauf hingewiesen, daß meine richtige Rechtsauffassung von namhaften Vertretern der Fakultät, prominenten Politikern – auch von Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern der Regierungsparteien im Bundestag – sowie von allen billig und gerecht denkenden Staatsbürgern geteilt wird.

Abschließend ersuche ich Sie noch einmal, entweder die Beschuldigten Merkel und de Maizièrè strafrechtlich zu verfolgen, oder mich mit einer nachvollziehbaren Subsumtion davon zu überzeugen, weshalb eine Strafverfolgung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht in Betracht kommt.

Hochachtungsvoll!

(Schneider)
Anzeigerstatter